Siegfried Lenz

Verlorenes Land — Gewonnene Nachbarschaft

Die Ostpolitik der Bundesregierung

1971

WÄHLER INITIATIVE NORD

A 03 - 03827

©WIN (Wählerinitiative Nord, 23 Kiel 1, Sophienblatt 22/24) 1971
Gesamtherstellung:
Hans Kock, Buch- und Offsetdruck, Bielefeld
Printed in Germany

Liebe Erstwähler, liebe Wähler,

es ist festzustellen: der Ostwind ist kein Zephyr, kein freundliches Lüftchen, unter dem die Zitronen reifen. Und die Kunde, die politische Ostlandfahrer nach Hause bringen — sei es aus Moskau oder aus Warschau —, läßt keinen frohlocken. Obwohl, laut Statistik, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Ostpolitik der Bundesregierung gutheißt, ist der Streit der Meinungen um diese Politik eher heftiger geworden. Wird es ein Glaubensstreit werden? Es sieht fast so aus. Denn: Emotionen verstellen den Blick. Vorurteile beeinträchtigen das Augenmaß. Altes Wunschdenken, an zahllosen Sonntagen genährt, verzerrt die wirkliche Szene. Und die Erwartung des „Alles oder Nichts" findet zu keiner gerechten Beurteilung. Die CDU-CSU sagt Nein zu der Ostpolitik dieser Regierung. Freilich muß gesagt werden, daß ihr Nein sich ge-

A 03 - 03827

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

wandelt hat: aus einem ursprünglich weichen, modifizierten Nein ist ein hartes, bedingungsloses Nein geworden.
Dies Nein hat mehrere Gründe. Erstens, so erklärt die CDU-CSU, habe die Bundesregierung im deutsch-sowjetischen Vertrag den Status quo in Europa anerkannt. (Damit habe sie den sowjetischen Anspruch auf Vorherrschaft bestätigt.) Zweitens habe sie im deutsch-polnischen Vertrag die Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens anerkannt. (Damit habe sie ohne Not Verzicht geleistet auf ein Viertel des ehemaligen deutschen Reichsgebiets.) Und drittens habe sie zu überstürzt und mit zu großer Konzessionsbereitschaft verhandelt. (Die Folge davon sei nicht Entspannung, sondern neue Spannung; nicht Aufweichung, sondern Verhärtung.)
Meine Damen und Herren, das ist ein Nein von Männern, die sich nicht entschließen können, ihren Illusionen endgültig den Abschied zu geben. Die in einer Zeit, wo die Entscheidungsräume sehr schmal geworden sind, immer noch Alles oder Nichts verlangen. Und die

glauben, in den siebziger Jahren sei Deklamation — und Pochen auf eigene Stärke — immer noch ein Mittel der Politik.
Ich weiß, gerade in der letzten Zeit ist die neue Ostpolitik einem schneidenden Gegenwind ausgesetzt. Das aber scheint mir ein Anlaß, zu fragen, was das Ziel dieser Politik war und immer noch ist. Welche Hoffnungen sich mit ihr verbinden. Und schließlich: was sie als notwendig erscheinen läßt. Willy Brandt hat es oft genug gesagt: die Voraussetzung für diese Politik ist die feste Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis. Ihr Ziel: die Sicherung des Friedens in Europa. Ihre Hoffnung: eine neue, eine europäische Solidarität. Und ihre Notwendigkeit läßt sich damit begründen, daß es zu einer Friedenspolitik keine Alternative gibt. Mehr als 25 Jahre nach dem Ende des letzten Weltkrieges war es erforderlich, die Hinterlassenschaft zu ordnen, die nach diesem größten Tobsuchtsanfall der Geschichte übrig geblieben war.
Machen wir uns nichts vor: angesichts der

Neutralisierung des Schreckens, wie die beiden Großmächte sie vorführen, muß eine Friedenspolitik der Bundesrepublik bestimmte Bereitschaften zeigen. Bei aller grundsätzlichen Festigkeit muß sie bereit sein zu Konzessionen, zu vertretbarem Entgegenkommen, zur Anerkennung moralischer Verantwortlichkeit. Wer den Kuchen gleichzeitig essen und behalten will, der hat die Bedingungen nicht erkannt, denen eine Friedenspolitik der siebziger Jahre unterworfen ist. Und wer von einer solchen Politik sofortige und spektakuläre Ergebnisse erwartet, der hat außer acht gelassen, mit welchen Eigenschaften sie allein durchgeführt werden kann. Es sind Beharrlichkeit, Mut und die Überzeugung, daß jeder Versuch gerechtfertigt ist, der der Erhaltung des Friedens dient. Und so muß auch diese Ostpolitik verstanden werden: als Teil einer allgemeinen Friedenspolitik.

Sicher, hier läßt sich prompt fragen: wie steht der Friede eigentlich im Preis? Wie teuer kommt er uns zu stehen? Wird er uns nicht versalzen durch manches sachliche Zugeständnis? Wird er uns nicht

vergällt durch immer neue Schwierigkeiten? Ich glaube — und die politische Praxis zeigt es überall —: unerwartete Schwierigkeiten sind noch lange nicht dazu geeignet, eine Politik zu widerlegen. Und eine Friedenspolitik hat sich doch noch nicht deshalb als falsch erwiesen, weil hier und da Schwierigkeiten aufgetreten sind.

Daß die Ostpolitik dieser Regierung zu keiner Hochstimmung Anlaß gibt: die sie entworfen haben, und die sie betrifft, wußten es. Und sie wußten auch, daß es nicht zu der Euphorie kommen würde, die man hämisch vorausgesagt hat.

Meine Damen und Herren, ich bin selbst in Warschau gewesen. Als der Bundeskanzler zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages nach Warschau fuhr, lud er auch zwei Schriftsteller ein, ihn auf dieser Reise zu begleiten: Günter Grass und mich. Wir stammen beide aus dem Osten. Wir sind — im Sinne des Vertrages — Betroffene. Wir haben beide, mehr oder weniger verkappt, eine Huldigung an unsere Heimat geschrieben — Günter Grass an Danzig, ich an Masuren.

Und schließlich haben wir beide — mit der Anerkennung der Unverletztheit der polnischen Westgrenze — nicht nur eine literarische Provinz verloren. Dennoch nahmen wir die Einladung an. Einverstanden damit, was wir durch pure Anwesenheit ausdrückten.

Ich möchte hier sagen: ich habe die Vorwürfe ernst genommen, die man mir gemacht hat. Ich habe den Zorn zu verstehen gesucht. Die Erbitterung meiner Landsleute und ihre Resignation, die die Post mir auf schwarzumrandeten Briefen brachte, habe ich mir immer wieder zu erklären versucht. Und ich dachte mir auch etwas bei den Drohungen, die mich erreichten. Es gibt viele, die ein Recht haben auf ihren Schmerz über das Verlorene. Ich respektiere diesen Schmerz. Und ich achte die Leiden, die viele meiner Landsleute während der Flucht auf sich nehmen mußten. Aber, meine Damen und Herren, wir haben uns auch der Leiden zu erinnern, die wir anderen zufügten: ein Fünftel der polnischen Bevölkerung wurde durch Deutsche ermordet. Zu kaum einem anderen Volk haben wir so viele

schwerwiegende inoffizielle Beziehungen wie zu Polen, und zwar psychologische und moralische, menschliche und historische Beziehungen. Und die Gerechtigkeit verlangt von uns, daß wir uns auch daran erinnern, wie alles begann. Schließlich hat auch die Geschichte ihre Kausalität; die müssen wir anerkennen.

Es kann doch wohl nicht bestritten werden: das Land, das verlorengegangen ist, ging nicht am Tag der Unterzeichnung verloren. Wir büßten es vielmehr ein, als wir uns zum Krieg bereitfanden. Als aus den jetzt verlorenen Provinzen sogenannte Bereitstellungsräume gemacht wurden zum Angriff. Dieses Land, es kam uns abhanden in einer Zeit, als wir mit der Furcht und dem Zittern einverstanden waren, das die unterworfenen Völker vor uns empfanden. Die Völker des Ostens, denen ein arrogantes Herren-Rassenbewußtsein für alle Zukunft Sklavendienste zugedacht hatte. Nein, der Verlust hat allemal früher stattgefunden. Daß es ein langandauernder, ein gestreckter Verlust ist, das liegt an den Illusionen, die man vielen einpflanzte. Und an den schlimmen

Verheißungen, die man jahrelang sonntags verkündete. Alle die Mitbürger, die heute mit Erbitterung oder Trauer die Ostpolitik Willy Brandts beantworten, übersehen, daß man sie selbst jahrelang getäuscht hat. Jetzt bietet man ihnen ein Datum ihrer Enttäuschung und ihres Zorns an: das Datum der Unterzeichnung. Aber dies Datum hat doch nichts anderes gebracht, als ein Ende gefährlicher Heimkehr-Illusionen. Ein Ende der leichtfertig entfachten Hoffnungen, daß eine Wieder-Inbesitznahme möglich sei.

Denn wie sollte die vor sich gehen? Unter Anwendung welcher Mittel? Mittlerweile sind in den verlorenen Ostgebieten Millionen von Menschen geboren. Mit welchem Argument wollen wir ihnen klarmachen, dieses Land habe keinen Heimatwert für sie? Meine Damen und Herren, man kann keinem Nachbarn zumuten, daß er auf unabsehbare Zeit eine vorläufige, gestundete Existenz führt. Das ist die andere Seite. Man kann dem Nachbarn nicht zumuten, ein Leben auf Widerruf zu führen. Mehr als 25 Jahre nach einem Krieg, dessen erstes Opfer er war.

Wer eine Friedenspolitik nicht halbherzig, sondern konsequent ins Werk setzt, der kann sich nicht um die Frage drücken, die der Sicherheit der Grenze gilt. Rainer Barzels schon stereotype Forderung nach der Durchlässigkeit der Grenze beantwortete ein polnischer Gesprächspartner mit dem Hinweis, daß man eine Grenze ja wohl erst anerkennen müsse, bevor man sie durchlässig mache. Warschau lieferte viele Gründe zum Nachdenken. Für mich war es außerdem ein Platz aufschlußreicher Erfahrungen. Willy Brandts unentmutigte Überzeugung, daß die Moral eine bestimmende Kraft der Politik werden müsse: hier konnte sie erprobt werden.

Allerdings, ich kenne auch die Ansicht vieler Betroffener, wonach man nicht auf ein Unrecht – nämlich das des begonnenen Krieges – ein anderes Unrecht setzen darf: nämlich das der Vertreibung. Ich respektiere diese Ansicht. Doch wie der Staatsrechtler Professor Kriele schrieb, gehört es zu den bitteren Wahrheiten der Geschichte: „Die Rechtswidrigkeit einer Annexion wird, völkerrechtlich gesehen, durch Zeitablauf geheilt." Um es noch

Bonn

einmal zu sagen: am 7. Dezember 1970, am Tag der Vertragsunterzeichnung in Warschau, wurde nichts abgetreten, verschenkt oder, als Preis für die Friedenspolitik, bedenkenlos entrichtet. In der Grenzerklärung wurde ein bestehender Zustand bestätigt, der ohne Gewalt nicht zu ändern ist.

Nun hat sich Rainer Barzel, der die neue Ostpolitik am Anfang sozusagen schwankend begleitete – er wollte sich weder abhängen lassen, noch in den Zug einsteigen –, Rainer Barzel hat sich, von Franz Josef Strauß ins Gebet genommen, zur Härte entschlossen. Er hat erklärt: „Wenn die Russen alles wollen, und die Polen alles wollen, und die Deutschen nichts bekommen sollen, dann gibt es auch nichts von uns." Merkwürdig, da wurde Herr Barzel offenbar von seinem Gedächtnis im Stich gelassen. Denn noch in Warschau fand er die ersten Ergebnisse des Vertrags gar nicht „so schlecht". Familienzusammenführung, die Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer, der Jugendaustausch und die Entwicklung des Reiseverkehrs:

das war für den Anfang einer Normalisierung der Beziehungen doch etwas, worüber sich reden ließ. Von einer Klimaverbesserung im deutsch-polnischen Verhältnis seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages konnte man sogar in Springers „WELT" lesen. Und Artur Starewicz, der stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Warschauer Sejm, stellte nach einer Reise durch die Bundesrepublik, die er zusammen mit anderen polnischen Parlamentariern gemacht hatte, fest: „Der Normalisierungsprozeß schreitet voran – unabhängig davon, daß der Vertrag noch nicht ratifiziert worden ist." Bei dem dürftigen Spielraum, den die einzelnen Partner innerhalb ihrer verschiedenartigen Bündnisverpflichtungen haben, scheint mir dies immerhin ein erwähnenswertes Resultat. Jedenfalls mehr als eine CDU-Politik der Deklamation, die sich auf Verbundenheitsadressen beschränkte und nichts eintrug.

Freilich, es muß erwähnt werden, daß es innerhalb der CDU auch andere Ansichten zur Ostpolitik gibt als die von Rainer

Barzel. So hat Gerhard Schröder in Moskau oft genug wiederholt, daß erst Regierung und Opposition das Ganze einer deutschen Politik bilden, und daß die Opposition die Regierung da unterstütze, wo man in den Vorstellungen übereinstimme. Beispielsweise darin, daß vor einer Ratifizierung der Verträge eine befriedigende Berlin-Regelung erfolgen müsse. Die steht aus, und auch die Viermächteverhandlungen lassen noch keine Lösung des Problems erkennen. Die CDU, nur von sich selbst beraten, nimmt nun das Berlin-Problem zum Anlaß, um die gesamte Ost-Politik der sozial-liberalen Koalition in Frage zu stellen. Ja, man scheut sich nicht vor der Behauptung, die neue Ostpolitik habe das Gegenteil dessen erreicht, was sie sich zu erreichen vorgenommen hatte.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine unzulässige Vereinfachung. Es ist auch eine Unrichtigkeit. Was zweifellos festgestellt werden muß, das ist eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Bonn und Ostberlin. Aber mehr als ein Indiz spricht dafür, daß diese Verschlechterung nur deshalb eingetreten ist, weil eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn einerseits und Moskau und Warschau andererseits unübersehbar geworden ist. Die Spannungen um Berlin sind eine Form der Kritik Walter Ulbrichts an den Ostverträgen. Er, der kaum etwas so sehr fürchtet, wie Ansteckungen durch einen „Sozialdemokratismus" — Walter Ulbricht sah keine andere Wahl, als auf die Verträge in seiner bekannten Manier zu reagieren: in der Manier des Kalten Krieges.

Kann man deshalb rechtens erklären, die Ostpolitik der Bundesregierung habe sich als Bumerang erwiesen? Aus Warschau und Moskau hört man andere Urteile. Und ganz andere Urteile hört man ebenfalls von den westlichen Verbündeten. Immerhin hat einer der besten Kenner der Sowjetunion, der langjährige amerikanische Botschafter in Moskau, Averel Harriman, Willy Brandts Ost-Initiative eine „weise Politik" genannt. Auch wenn es den Anschein hat, meine Damen und Herren, als habe eine veränderte Interessenlage im Kreml die Aufmerk-

samkeit von den Verträgen abgezogen: die Verträge selbst stellen – langfristig gesehen – einen Anfang der Normalisierung dar. Und nicht nur dies. Polnische Gesprächspartner gaben oft genug zu verstehen, daß dies der Beginn einer neuen Nachbarschaft in Europa sein könnte. In jedem Fall ließen die Verträge eine Hoffnung auf ein besseres Einvernehmen zu.

Nun wollte Herr Kiesinger wissen, daß Willy Brandts Ostpolitik „nicht die Politik Bonns, sondern die Politik Moskaus ist". Mit feiner Witterung erkannte er auch, daß „der Sieger und Gewinnner dieser Politik in Moskau sitzt". Meine Damen und Herren, eine Friedenspolitik kann man nicht mit einer Buchhalter-Gesinnung führen: entweder sie gelingt zum Nutzen aller, oder wir alle sind die Leidtragenden. Aber Herr Kiesinger, einmal beim Verteilen der Punkte, riskiert auch einen kritischen Vergleich. Wegen seiner mutigen und notwendigen Politik wurde Willy Brandt von der amerikanischen Zeitschrift „Time" zum Mann des Jahres erklärt. Das bilanzierte der CDU-Vorsitzende so: „Time" schrieb, „Willy Brandt ist der erste deutsche Politiker, der bereit ist, sämtliche Konsequenzen der Niederlage anzunehmen, den Verlust an Land, das Zugeständnis moralischer Verantwortlichkeit und die Anerkennung der Teilung Deutschlands. Ich möchte nicht als ein deutscher Bundeskanzler in die Geschichte eingehen, über den irgendjemand in der Welt diese Sätze hätte schreiben können."

Ich glaube, Herr Kiesinger braucht diese Befürchtung nicht zu haben. Was ihm als problematisch erscheint – beispielsweise das Zugeständnis moralischer Verantwortlichkeit –, uns erscheint es als selbstverständliche Forderung an einen Politiker, den wir mit unserem Auftrag betrauen. Doch Herrn Kiesinger gelang ja nicht nur diese Bemerkung: er konnte die „da drüben", jenseits der Elbe, ein „Phänomen" nennen und gleichzeitig mit den Vertretern dieses Phänomens einen Briefwechsel führen. Fassen wir doch das Ganze ins Auge. Während die Opposition noch darüber lamentiert, ob der Kanzler im Warschauer Ghetto knien durfte,

lernen belgische Schulkinder bereits, warum in dieser Geste die vorbildhafte Haltung eines deutschen Staatsmannes zu sehen ist.
Politik, so sagte Willy Brandt in Warschau, wird für Menschen gemacht. Den Verbesserungen und Erleichterungen ihres Lebens gilt politische Anstrengung. Daß da manchmal etwas ins Stocken geraten kann, daß da gebremst und verzögert wird — es ändert nichts an dem Grundsatz, daß jeder Versuch gerechtfertigt ist, der der Sicherung des Friedens dient. Wer sich für den Frieden einsetzt, kann nicht unglaubwürdig werden. Unglaubwürdig werden nur die, die diese Versuche entwerten oder erschweren.
Die SPD Schleswig-Holsteins hat sich ausdrücklich zur Ost- und Friedenspolitik dieser Regierung bekannt und ihr jede Unterstützung zugesagt. Das erscheint mir selbstverständlich insofern, als sozialdemokratische Politik immer Friedenspolitik war.
Meine Damen und Herren, auch wenn die Geschichte häufig nur lehrt, daß die Geschichte nichts lehrt — soviel zeigt sie

uns immerhin: unter einer sozialdemokratischen Regierung, in welcher Zeit und in welchem Land auch immer, ließ es sich noch jedesmal furchtlos leben. Bißchen zäh manchmal. Bißchen mühselig und temperamentlos. Aber in jedem Fall: furchtlos leben. Da niemand von uns zwischen Hölle und Paradies wählen kann, halte ich das für viel, für sehr viel. Jedenfalls für ausreichend genug, um der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben.